

Konferenz der Minister und Senatoren der SPD-geführten Innenressorts

vom 29.08.2014

(A-Innenministerkonferenz) vom 29. - 30. August 2014 in Potsdam

Die Innenminister und -senatoren der SPD aus den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben sich auf ihrer Konferenz vom 29. - 30. August 2014 in Potsdam unter anderem mit den nachfolgenden Themen befasst:

1. **Humanitäres Aufnahmeprogramm des Bundes für Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien**

Angesichts der dramatischen humanitären Katastrophen im Nahen Osten und den Gräueltaten der Terroristen des „Islamischen Staates“ (IS) fordern die Innenminister und -senatoren der SPD den Bund auf, schnellstmöglich eine Entscheidung für ein Aufnahmeprogramm des Bundes zu treffen.

Dazu sagt der Sprecher der Innenministerkonferenz der SPD-Ressortchefs, Niedersachsens Innenminister **Boris Pistorius**: *„Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine bundespolitische Aufgabe. Die wachsende Zahl der Asylbewerber stellt die Kommunen vor wirkliche Probleme und bringt einige Städte und Gemeinden an ihre Belastungsgrenzen. Die Schlussfolgerung daraus kann aber dennoch nicht sein, dass Deutschland keine Flüchtlinge aus dieser Region mehr aufnimmt, sondern vielmehr, dass der Bund die Länder und Kommunen spürbar finanziell darin unterstützt, diese Menschen weiterhin kurzfristig angemessen unterzubringen. Dazu gehört nicht zuletzt, verfügbare Liegenschaften des Bundes, etwa der Bundeswehr, zu angemessenen Konditionen zur Verfügung zu stellen.“*

Die Innenminister und -senatoren begrüßen die diplomatischen Anstrengungen von Außenminister **Frank-Walter Steinmeier**, den Konflikten im Nahen Osten durch Verhandlungen zu begegnen. Mit Blick auf die aus Berlin versprochene Unterstützung der kurdischen Kämpfer sehen sie aber auch die

Seite 2

Notwendigkeit der vom Außenminister initiierten aktiven Außenpolitik.

Aufgrund der menschlichen Not gerade im Nordirak erinnern die Minister und Senatoren an die Verantwortung auch der anderen Mitgliedstaaten der EU. Es bedürfe einer nachhaltigen, längerfristigen Lösung, über deren Ausgestaltung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, vornehmlich auch in der EU gesprochen werden muss.

Mit der Aufnahme von in der EU bislang beispiellosen Zahl von insgesamt 20.000 syrischen Flüchtlingen im Rahmen von Bundeskontingenten und bislang weiteren knapp 7.600 über Landesaufnahmeprogramme hat Deutschland vielen Menschen eine Zuflucht vor den Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien gewährt. Unter den anderen europäischen Ländern folgen bislang Schweden mit 1.200 und Norwegen mit 1.000 Personen. Die übrigen Länder der EU müssen ebenso erhebliche Anstrengungen unternehmen, um der existentiellen Not der Flüchtlinge gemeinsam zu begegnen und vor der Geschichte zu bestehen.

2. **Gewaltbereite Rückkehrer aus Krisengebieten im Fokus der Sicherheitsbehörden**

Mehr als 400 Islamisten sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden inzwischen aus Deutschland in Richtung der Krisenregionen in Syrien und den Irak gereist – viele von ihnen, um am bewaffneten Kampf teilzunehmen. Etwa jeder Dritte ist inzwischen wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Auch wenn zu der Mehrzahl der Rückkehrer bisher keine Informationen vorliegen, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen beteiligt haben, werden mit dem Fortschreiten des Konflikts diese Zahlen weiter ansteigen, auch weil radikalisierte Rückkehrer in Deutschland weiteren Nachwuchs für ihren Kampf rekrutieren.

Die Minister und Senatoren der SPD-geführten Innenressorts sind sich einig, dass diese Rückkehrer weiter intensiv von den Sicherheitsbehörden beobachtet werden müssen. Der niedersächsische Minister für Inneres und Sport und Sprecher der SPD in der IMK, Boris Pistorius, sagt: *„Das Beispiel des Attentäters aus Frankreich, der im jüdischen Museum in Brüssel*

insgesamt vier Menschen getötet hat, zeigt sehr dramatisch, wie ernst die Gefahr zu nehmen ist, die von diesen radikalisierten Rückkehrern ausgehen kann. Dieser Attentäter war vor dem Anschlag ein Jahr lang in Syrien, um zu kämpfen. Unsere Aufgabe ist es jetzt vor allem, für den optimalen Austausch von relevanten Informationen zwischen allen beteiligten Behörden zu sorgen.“

Die SPD-Innenressortchefs haben sich in Potsdam auch für verbesserte Maßnahmen zur Verhinderung der Aus- und Wiedereinreise von gewaltbereiten Salafisten eingesetzt. So kann ausreisewilligen Salafisten bisher zwar der Pass entzogen und die Ausreise untersagt werden, gleichwohl können diese Menschen über Transitländer, insbesondere die Türkei und Ägypten, in die man auch mit dem Personalausweis einreisen kann, nach Syrien reisen. Eine kürzlich durch die IMK eingesetzte Arbeitsgruppe unter Vorsitz von NRW erarbeitet derzeit rechtliche Möglichkeiten, um Ausreisen gewaltbereiter Salafisten besser zu verhindern.

Niedersachsens Innenminister Pistorius erklärt dazu: *„Bei der Einreise in das Transitland wie etwa die Türkei kann der Grenzbeamte durch bloßen Blick auf den Personalausweis nicht erkennen, dass eine Ausreise aus Deutschland nicht erlaubt war. Die A-IMK setzt sich dafür ein, schnellstens eine praktikable Lösung finden, damit die Ausreisebeschränkungen an den Landgrenzen und Flughäfen effizient vollzogen werden können.“*

3. Intensivere Bekämpfung der Grenzriminalität

Zur Verbesserung der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität halten die Innenminister eine vertiefte länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei für dringend geboten. Die operative Vernetzung müsse angesichts der Herausforderung durch organisierte kriminelle Strukturen auf eine neue Stufe gehoben werden.

Die Innenminister sprachen sich zudem für die Prüfung von Gesetzesverschärfungen zur verbesserten Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität aus. *„Seit einiger Zeit gibt es eine neue Art der Tatausführung durch international organisierte und hochmobile Intensivtäter vor allem im Bereich der Kfz-Kriminalität und der Einbruchskriminalität“,* so Brandenburgs

Innenminister **Ralf Holzschuher**. Zunehmend gefährden die Täter bei dem Durchbrechen von Polizeikontrollen das Leben und die Gesundheit der Beamten und natürlich auch von unbeteiligten Dritten. Bei so einer skrupellosen Aktion einer Autoschieberbande wurden zuletzt am 8. Juli in der Nähe von Forst (Brandenburg) mehrere Polizeibeamte verletzt. Nur gegen einen der Täter konnte ein Haftbefehl erwirkt werden.

„Wir haben es bei diesen Straftätern mit einer enormen kriminellen Energie zu tun“, betonte Holzschuher. „Wir brauchen in solchen Fällen meines Erachtens bessere Möglichkeiten, Haftbefehle zu erwirken. Es ist niemandem zu erklären, dass bei derart schweren Straftaten die Täter wieder frei kommen und sich im Ausland möglicherweise der Strafverfolgung entziehen können.“ In Frage komme dafür insbesondere eine Erweiterung der Möglichkeiten der Untersuchungshaft und weitere Strafverschärfungen bei bandenmäßigem Diebstahl oder Hehlerei.

Die Innenminister sprachen sich für eine zeitnahe Befassung der Innenministerkonferenz mit dieser Thematik aus, in die anschließend auch die Justizminister einbezogen werden sollen. „Das Risiko für solche Straftäter muss erhöht werden. Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen reichen aus meiner Sicht nicht mehr aus. Sie haben mit der dynamischen Entwicklung des international organisierten Verbrechens nicht Schritt gehalten. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass Deutschland reagiert“, sagte Holzschuher.

4. Gewalt im Fußball bekämpfen

Die A-Innenminister und -senatoren setzen beim Prozess zur Stärkung der friedlichen Fankultur in Deutschland gemeinsam weiterhin auf einen engen Dialog mit DFB und DFL. *„Wir brauchen den Schulterschluss zwischen Verbänden und Vereinen, der Polizei und den friedlichen Fans, um die Sicherheit beim Fußball weiter zu verbessern“,* betonte NRW-Innenminister **Ralf Jäger**. *„Wir haben das gemeinsame Interesse, Chaoten und Gewalttäter aus den Stadien herauszuhalten“,* so der amtierende IMK-Vorsitzende weiter.

Seite 5

Das Ziel sozialdemokratischen Innenminister und -senatoren ist es, die vorliegenden Konzepte zur Verbesserung der Sicherheit bei Fußballspielen gemeinsam mit den Fußballverantwortlichen zügig umzusetzen und so die Einsatzzeiten der Polizei dauerhaft zu reduzieren. Ralf Jäger: *„Wir haben in Deutschland eine einmalige Fußballkultur. Wir haben moderne Stadien, Stehplätze und eine Superstimmung. Uns ist es wichtig, dieses wunderbare Fußballerlebnis zu erhalten.“*

* * *